

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes - Schaffung eines forstwirtschaftlichen Vorkaufsrechtes

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 6/6963 -

Welche Auffassung vertreten Sie zu dem Gesetzentwurf und welche grundsätzlichen Hinweise haben Sie diesbezüglich?

Erstellt	Angaben zum Autor	Titel	Beitrag
28.05.2019	Leo v. Gaudecker* Dipl. Forstwirt, Beamter	Zu § 17 Erweiterung des Vorkaufsrechts:	<p>„Die Erweiterung des Vorkaufsrechts auf die Landgesellschaft stellt eine Beeinträchtigung des privaten Eigentums dar, deren Notwendigkeit nicht erkennbar ist. Sie dürfte zudem kontraproduktiv für das angestrebte Ziel sein.</p> <p>Für verkaufswillige Waldeigentümer mindern sich die Chancen, einen möglichst hohen Preis zu erzielen. Gerade bei kleineren Waldflächen werden potentielle Käufer den mit einem Erwerb verbundenen Aufwand – z. B. für die Ermittlung des angemessenen Kaufpreises – scheuen, wenn sie damit rechnen müssen, dass die Landgesellschaft das Vorkaufsrecht ausübt. Bei einem Zwischenerwerb durch die Landgesellschaft fällt zudem zweimal Grunderwerbsteuer an, die vom endgültigen Käufer zu tragen ist, da die Landgesellschaft wohl kaum auf diesen Kosten sitzen bleiben will. Außerdem ist davon auszugehen, dass die Landgesellschaft für ihren Verwaltungsaufwand eine Erstattung verlangt. Für landwirtschaftliche Flächen verlangt sie laut eigenem Merkblatt eine Bearbeitungsgebühr von 5 % des Kaufpreises und der Nebenkosten, mindestens jedoch 2.500 EUR. Dieser Betrag deckt offenbar die Grundkosten ab, die bei der Landgesellschaft unabhängig von der Flächengröße anfallen. Bei kleinen Waldflächen von 1 -2 ha sind derartige Beträge kaum zu erwirtschaften. Sollte die Landgesellschaft die erworbenen Flächen nicht unmittelbar wieder verkaufen können, fallen weitere Verwaltungskosten an, z. B. Grundsteuer und Berufsgenossenschaftsbeiträge. Die Ausübung des Vorkaufsrechts erhöht also die Kosten für einen späteren Erwerber erheblich. Sollte die Landgesellschaft hier nicht kostendeckend tätig werden,</p>

Bei allen mit * gekennzeichneten Beiträgen wurde von den Autoren ihre Wohnadresse angegeben. Wohnadressen natürlicher Personen werden gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ThürBeteilDokG nicht in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht.

Erstellt	Angaben zum Autor	Titel	Beitrag
			<p>hätte der Steuerzahler die Kosten zu tragen. Auch dies dürfte kaum erstrebenswert sein.</p> <p>Völlig unklar bleibt, nach welchen Grundsätzen die Landgesellschaft das Vorkaufsrecht ausüben und vor allem die erworbenen Flächen wieder veräußern soll. Allgemein gültige Grundsätze lassen sich hier wohl auch kaum formulieren. Man stelle sich nur vor, dass keiner der Interessenten Flächen besitzt, die unmittelbar an ein Waldgrundstück angrenzen. Richtet sich der Zuschlag dann nach der Entfernung, nach der sich durch einen Erwerb ergebenden Gesamtgröße, ...?</p> <p>Folgt man den Ausführungen im Vorblatt, sehen die das Gesetz einbringenden Fraktionen eine Gefahr durch forstwirtschaftsfremde Investoren. Unklar bleibt allerdings, welche negativen Folgen dadurch erwartet werden. Bislang ist jedenfalls kaum erkennbar, dass dadurch die Waldfunktionen gefährdet werden. Es gibt bereits vielfach „forstwirtschaftsfremde“ Investoren, die Wald als Liebhaberobjekt erwerben. Investoren wiederum, die investieren, um eine angemessene Verzinsung zu erreichen, sind bei der Bewirtschaftung an das Waldgesetz gebunden. Eine erhebliche Gefährdung der Nachhaltigkeit auf großer Fläche ist auch hier nicht erkennbar.</p> <p>Zur Streichung von § 29 Beihilfen bei Waldbrandschäden:</p> <p>Waldbrände entstehen überwiegend durch fahrlässige oder vorsätzliche Brandstiftung, z. B. weggeworfene Zigarettenkippen. Bekanntermaßen erhöht sich das Waldbrandrisiko in langen Trockenperioden. Die einbringenden Fraktionen begründen die Streichung der Beihilfe damit, dass vom Waldbesitzer erwartet wird, Vorkehrungen gegen Waldbrände zu treffen. Diese Begründung wirkt wie Hohn, wenn man bedenkt, dass jedermann den Wald betreten darf und die gleichen Fraktionen das Betretensrecht durch die Änderung von § 6 Thür-WaldG für Reiter und Fahrradfahrer ausdehnen. Welche Vorkehrungen die Waldbesitzer treffen könnten, lässt die Begründung folgerichtig offen.</p> <p>Die einbringenden Fraktionen bekunden auch immer wieder, die Waldbesitzer bei der Bewältigung des Klimawandels unterstützen zu wollen. Allgemein anerkannt ist, dass durch den Klimawandel zunehmend längere Trockenperioden und damit auch ein höheres Wald-</p>

Bei allen mit * gekennzeichneten Beiträgen wurde von den Autoren ihre Wohnadresse angegeben. Wohnadressen natürlicher Personen werden gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ThürBeteilG nicht in der Beteiligenttransparenzdokumentation veröffentlicht.

Erstellt	Angaben zum Autor	Titel	Beitrag
			brandrisiko drohen. Die Abschaffung bestehender gesetzlicher Beihilfen stärkt jedenfalls unter diesen Umständen nicht die Glaubwürdigkeit der Unterstützungsbekundungen. Diese erscheinen vielmehr wohlfeil, wenn eine gesetzliche Beihilfe durch unter Haushaltsvorbehalt stehende Fördermittel, für die es noch gar kein Programm gibt, ersetzt wird.“
16.05.2019	Klaus Bratek* Rechtswissenschaft	Thür. Waldgesetz (§ 17)	„Das Vorkaufsrecht sollte auch auf private, benachbarte Flächeneigentümer ausgeweitet werden, wie dies bereits früher mal gegeben war.“
09.05.2019	Albert Spitzer Vorsitzender Richter am LG Dienstadresse: Eisenacher Land- straße 41, 99974 Mühlhausen	Schaffung eines Anteilgrundbuchs (§§ 54 ff.)	<p>„Ich war im Rahmen der Praxisbefragung dienstlich mit der Stellungnahme zu dem bisherigen Gesetzesentwurf betreffend die Änderungen zu § 54 ff ThürWaldG-E befasst. Dieser Gesetzesentwurf ist nunmehr mit dem zum Vorkaufsrecht zusammengefasst worden. Ich habe die Stellungnahme zu einem Aufsatz zur Veröffentlichung in der juristischen Fachliteratur weiter entwickelt, auf den ich verweise und der im Juniheft des "Dt. Rechtspflegers" erscheinen wird.</p> <p>Der Gesetzgeber sollte bedenken, dass die Entscheidung des Thüringer Oberlandesgerichts vom April des letzten Jahres, die Anstoß für die Gesetzesinitiative wurde, unzutreffend sein kann, da die Gesetzgebungshistorie nicht umfassend gewürdigt wurde.</p> <p>Es könnte zu gewärtigen sein, dass es Anteile am Gemeinschaftseigentum aus rechtlicher Sicht nicht mehr gibt. Dann ist die Schaffung eines Anteilsgrundbuchs überflüssig. Selbst wenn es nunmehr um Anteile an der Gesamthandsgemeinschaft selbst gehen sollte, stellt die Schaffung eines Anteilsgrundbuchs einen Systembruch her.</p> <p>Es wird voraussichtlich "ein Fehler in das Gesetz eingebaut", weil mit der letzten Gesetzesänderung von Dezember 2018 Anteile auch der Körperschaft selbst zuwachsen können, andererseits aber nunmehr die Gesamthandsgemeinschaft Inhaberin des Gemeinschaftsvermögens sein soll. Dies bedeutet, dass es zwei verschiedene Rechtsträger geben wird, was widersprüchlich ist.“</p>

Bei allen mit * gekennzeichneten Beiträgen wurde von den Autoren ihre Wohnadresse angegeben. Wohnadressen natürlicher Personen werden gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ThürBeteilDokG nicht in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht.

Erstellt	Angaben zum Autor	Titel	Beitrag
05.05.2019	Dipl.Ing. Lutz Jas-kiola* Privatwaldbesitzer	Vorkaufsrecht von Waldgrundstücken (§ 17)	„Als Privatwaldbesitzer begrüße ich diesen Gesetzentwurf! Das Vorkaufsrecht sollte aber um das "Nachbarschaftliche Vorkaufsrecht" erweitert werden.“
03.05.2019	Beate Misch Privatwaldbesitzerin	Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes (§ 17)	„Die bereits vorhandenen Regelungen zum Vorkaufsrecht der Gemeinden und des Landes sind völlig ausreichend. Hier weiter in die Eigentumsrechte der Privatwaldbesitzer einzugreifen ist ideologisch geprägt und nicht hinnehmbar. Die Begründung spiegelt nicht die Wirklichkeit in Thüringen wieder. Ich nehme als Kleinstprivatwaldbesitzer meine Verpflichtungen, die sich aus dem Eigentum ergeben, wie sehr viele andere sehr ernst. Eine Verstaatlichung des Waldeigentums durch die Hintertür halte ich für eine Frechheit. Das ist nichts weiter als Enteignung und ich denke, das hatten wir hier in Thüringen lange genug. Wenn es tatsächlich darum ginge einen Ausverkauf der Thüringer Waldflächen durch fremde Investoren zu verhindern, könnte man das Vorkaufsrecht auf Flächen größer 10 ha beschränken. Ich halte das allerdings für ein "Scheinargument".“

Bei allen mit * gekennzeichneten Beiträgen wurde von den Autoren ihre Wohnadresse angegeben. Wohnadressen natürlicher Personen werden gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ThürBeteilDokG nicht in der Beteiligientransparenzdokumentation veröffentlicht.